dann wäre das, so Karl Gietl von der CSU-Fraktion im bayrischen Landtag „ein zweiter Hammer, den unsere Bauern nicht hinnehmen würden".

Im nächsten Jahr wählen die Bayern einen neuen Landtag. Rund 15 Prozentpunkte seiner absoluten Mehrheit pflegt Franz Josef Strauß bei den Bauern zu kassieren.

Kein Wunder, daß Kiechle, der früher nach getaner Arbeit im Restaurant „Au Cheval Marin" am Brüsseler Schweinemarkt mit den Kollegen lustig zu speisen pflegte, der Frohsinn vergangen ist. Wird er beim Preispoker gerupft, dann kommt sein Parteivorsitzender über ihn; dann, so ein hoher Bonner Agrarpolitiker, „ist sein Sturz unausweichlich".

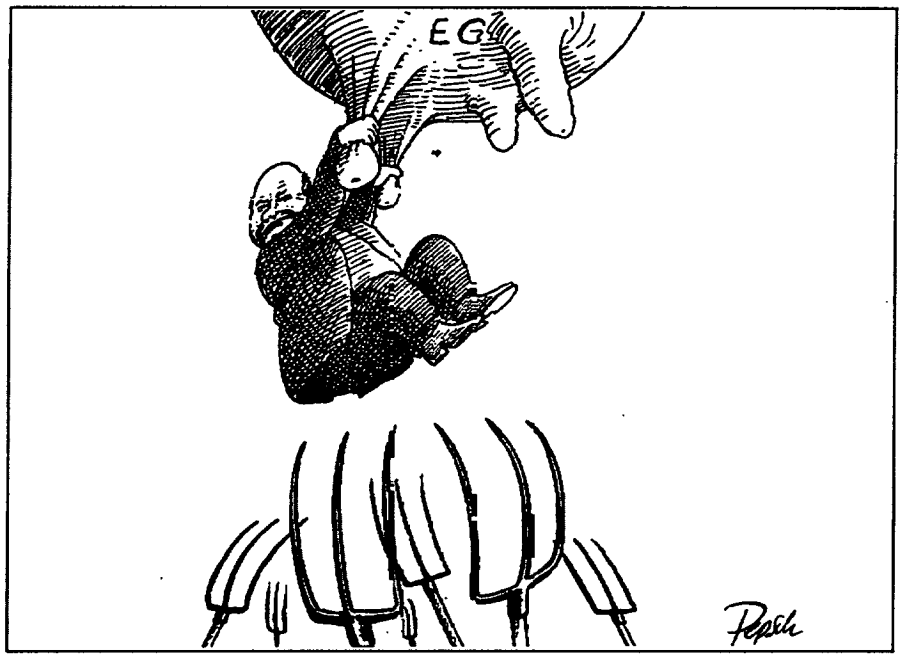
Franz Josef Strauß hält es ohnedies längst für einen Fehler, daß die CSU das Landwirtschaftsministerium besetzt hat und für alle Schwierigkeiten von der bäuerlichen CSU-Klientel direkt haftbar gemacht wird. Kiechles Abberufung aus wichtigem Grunde böte eine gute Gelegenheit, das lästige Agrarressort einer der beiden anderen Koalitionsparteien zuzuschieben.

Die Chance, daß Kiechle sich in Brüssel durchsetzt, ist denkbar gering. Es erscheint ohnehin paradox, daß ausgerechnet die Bonner, die in der EG stets am lautesten nach Reformen und Sparprogrammen rufen, nun für kostenträchtige Preisbeschlüsse plädieren. Würde Kiechle wider Erwarten doch noch Erfolg haben, müßte die Gemeinschaft im kommenden Jahr allein für ihre überhöhten Getreidestützpreise rund 300 Millionen Mark zusätzlich ausgeben.

Dabei bliebe es womöglich nicht. Wenn die Getreidepreise nicht ermäßigt werden, würden wahrscheinlich auch die notwendigen Preisreduzierungen für Tabak, Sonnenblumenöl, Obst und Gemüse hinfällig.

Insgesamt könnten die vielfältigen Sonderwünsche der Mitgliedstaaten die Gemeinschaft, in deren Kasse in diesem Jahr ohnehin rund viereinhalb Milliarden Mark nachgeschossen werden müssen, weit mehr als eine Milliarde Mark mehr im Jahr kosten.

Wenn EG-Kommissar Andriessen auf die leeren Kassen der EG verweist, kontert Kiechle ungerührt, seine Forderungen seien durchaus bezahlbar. Die EG habe in ihrem Haushaltsplan den Dollarkurs mit nur 2,92 Mark im Jahresdurchschnitt des Jahres 1985 angesetzt; der höhere Dollar, der für geringere EG-Exportsubventionen sorgt, habe der Kommission eine „stille Finanzreserve" geschaffen. Die solle die EG gefälligst lockermachen, für die deutschen Bauern.



Kölner Stadt-Anzeiger

Kiechle zwischen Himmel und Hölle

Doch Andriessen ist entschlossen, Kiechle zu trotzen. Die Mannschaft des neuen Kommissionschefs Jacques Delors ist mit dem Ziel angetreten, einen Teil ihrer verlorengegangenen Autorität gegenüber den nationalen Regierungen zurückzugewinnen. Die Agrarpreisrunde ist für Delors die erste Bewährungsprobe. „Wir dürfen nicht nachgeben, ich kann den Deutschen nicht helfen", sagt der französische Kommissionspräsident.

Mit ihrer Blockade-Politik riskieren Kohl und Kiechle zudem, die Gemeinschaft in einen weiteren Konflikt mit den Amerikanern hineinzutreiben. Bei der geplanten Handelsrunde im Rahmen des Gatt wollen die USA vor allem die überhöhten Garantiepreise und die Exportsubventionen der EG anprangern.

Wenn Kiechle jetzt die Rücknahme des Getreidepreises verhindere, so fürchtet Frankreichs Landwirtschaftsminister Henri Nallet, „liefert er den Amerikanern die Rute, mit der sie uns nachher peitschen".

Selbst den Bauern daheim ist mit Kiechles Nein in Brüssel wenig geholfen. Solange der deutsche Landwirtschaftsminister die Preisbeschlüsse der EG verhindert, kann auch der Milchpreis nicht, wie von der Kommission vorgesehen, um 1,5 Prozent steigen. Für das Einkommen der deutschen Landwirte ist Milch aber viel wichtiger als Weizen und Gerste.

Offenkundig unterschätzt Kiechle auch die europäischen Partner. Notfalls, so droht Agrarkommissar Andriessen, müßten die Deutschen eben überstimmt werden. Der Holländer: „Das ist der demokratische Ausweg." Vor der Nationalversammlung in Paris verkündete Landwirtschaftsminister Nallet vergangenen Dienstag, er werde schon bald die Entscheidung erzwingen. „Frankreich ist entschlossen", so Nallet, „dem Treiben ein Ende zu setzen."

Kiechle scheint ebenfalls zum Äußersten bereit. Zur Not will er sich darauf berufen, mit der Getreide-Entscheidung werde ein „vitales Interesse" der Bundesrepublik berührt. Nach einem ungeschriebenen Gesetz nehmen dann die EG-Mitglieder das Recht für sich in Anspruch, einer Mehrheitsentscheidung mit einem Veto zu widersprechen. Die Genehmigung dazu ließ sich der Bonner Bauernminister vorige Woche von Helmut Kohl geben.

Damit allerdings geriete Bonn vollends ins Dickicht. Ausgerechnet die Deutschen, die sonst immer über den Mißbrauch des Vetorechts und über die Entscheidungsschwäche der Gemeinschaft klagen, würden eine Methode anwenden, die bisher nur den Enfant terribles der EG – Briten, Dänen und Griechen – vorbehalten war.

Helmut Kohls Pläne für den nächsten EG-Gipfel müßten auch geändert werden. Da wollte der Kanzler zusammen mit Frankreichs Staatschef François Mitterrand den übrigen Regierungschefs eigentlich vorschlagen, in der EG die Mehrheitsentscheidung verbindlich einzuführen.

BRANDT

Vielleicht Nancy

Wer steckte hinter Reagans Weigerung, den SPD-Chef zu empfangen?

Letzten Endes hörte Willy Brandt auf seine Frau Brigitte. Sie bestärkte ihn in dem Verdacht, Ronald Reagan habe den SPD-Vorsitzenden während seines Deutschlandbesuchs aus prinzipieller Abneigung nicht empfangen. Nach dem Gespräch sagte Brandt – ohne Angabe von Gründen – die Einladung zum Staatsbankett ab, das Bundespräsident Richard von Weizsäcker zu Ehren Reagans auf Schloß Augustusburg bei Brühl gab.

Dem amerikanischen Präsidenten ließ er einen Brief zustellen, dessen boshaftfeine Formulierungen den Zorn des Verfassers nicht verbergen. Ihm sei bewußt, schrieb Brandt, ohne ausdrücklich das peinliche Gezerre um Reagans Auftritte in Bergen-Belsen und Bitburg zu benennen, daß die „Anlage Ihres Besuchs" nicht nur besondere politische, sondern auch außergewöhnliche terminliche Belastungen mit sich bringe. „Von daher verstehe ich, daß Sie – anders als Ihre sechs unmittelbaren Amtsvorgänger – die Zeit nicht gefunden haben, die Meinung des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu hören."



Kuba-Besucher Brandt (r.), Castro
Auf der schwarzen Liste des Weißen Hauses

Reagans unfreundlicher Akt und Brandts Reaktion darauf zeigen, wie gründlich gestört das Verhältnis der republikanisch geführten US-Regierung zur deutschen Linkspartei ist. Seit im Weißen Haus ein Präsident regiert, der die Welt in Gute und Schlechte unterteilt, der die Sowjet-Union als das „Reich des Bösen" anprangert, gehören Sozialdemokraten und besonders ihr Vorsitzender nicht mehr zu den gern gesehenen Gästen in Washington.

Schon einmal, 1981, lehnte es Reagan ab, den SPD-Chef zu empfangen. Es paßte nicht in sein Drehbuch, von einem Deutschen – der auch noch gute Kontakte zum Kreml unterhält – zu Rüstungsstopp und Kampf gegen den Hunger in der Welt ermahnt zu werden.

Brandts Aktivitäten als Vorsitzender der Sozialistischen Internationale, seine Besuche bei Nicaraguas Staatschef Daniel Ortega und beim amerikanischen Erzfeind Fidel Castro in Havanna, sein Engagement in der deutschen Friedensbewegung gegen die atomare Nachrüstung Europas und seine Opposition gegen die US-Weltraumrüstung, Reagans „Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI) – das alles hat dem Deutschen einen festen Platz auf der schwarzen Liste des Weißen Hauses gesichert.

Während seines Deutschlandbesuches benötigte der US-Präsident für die Selbstdarstellung zu Hause nur telegene Szenen deutsch-amerikanischer Harmonie. Diese Bilder lieferte ihm Helmut Kohl zur Genüge. Was sollte Reagan da einem Mann die Ehre des Gesprächs erweisen, der wenige Tage zuvor noch in New York ausgesprochen hatte, was auch viele Reagan-Kritiker in Senat und Repräsentantenhaus anprangern?

Die amerikanische Politik sei unberechenbar geworden, hatte Brandt dort gesagt und – auf die Weisheit der SDI-Strategie gemünzt – gefragt: „Muß man in den Weltraum gehen, um die Abschreckung zu überwinden? Warum ein fragwürdiger Umweg, statt auf dem geraden Weg für mehr Sicherheit zu sorgen?" Europa bleibe, so Brandt, bei SDI auf der Strecke.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus New York erhielt Brandt aus der amerikanischen Regierung einen Hinweis, daß er – entgegen früheren Ankündigungen des Bonner US-Botschafters Arthur F. Burns – nicht mit Reagan in Bonn zusammentreffen werde. Burns hatte dem SPD-Vorsitzenden im Februar mitgeteilt, während Brandts USA-Reise stehe Reagan leider nicht zur Verfügung, jedoch Anfang Mai in Bonn: „Sie werden ihn sehen, wenn er in Deutschland ist."

Hinter der neuerlichen Absage stecke, erfuhr Brandt aus sicherer amerikanischer Quelle, der mögliche Burns-Nachfolger Richard Burt, derzeit noch Leiter der Europa-Abteilung im State Department und als Falke in der Ostpolitik hinlänglich ausgewiesen. Brandt machte sein Wissen publik und prophezeite Burt, „daß er mit einem großen Teil der deutschen Öffentlichkeit Probleme bekommen wird".

Prompt dementierte Burt, doch das Dementi zählt nicht viel: Der forsche Diplomat muß ein formelles Dementi nachweisen, um vom Kongreß für einen so wichtigen Auslandsposten wie die US-Botschaft in Bonn akzeptiert zu werden.

Der SPD-Vorsitzende geht sogar davon aus, daß Reagans Berater seine Aussperrung von langer Hand betrieben haben. Bereits Anfang April hatte Karsten Voigt, einer der außenpolitischen Experten der SPD, im Weißen Haus Jack Matlock vom Nationalen Sicherheitsrat, der Reagans Deutschland-Trip mit vorbereitete, um einen Termin für seinen Vorsitzenden gebeten.

Matlock wand sich, im Weißen Haus habe man bislang gar nicht gewußt, ob Brandt überhaupt Zeit habe, sich in Bonn mit dem Präsidenten zu treffen. Voigt: „Mir war klar, die Terminschwierigkeiten waren nur vorgeschoben."

Nach Ansicht des scheidenden amerikanischen Botschafters Burns schadet die Konfrontation seiner Regierung mit der Bonner Opposition nur den deutsch-amerikanischen Beziehungen. Burns bat in der vorigen Woche Brandt um einen Termin und legte dem SPD-Chef dar, wie sehr er die Affäre bedaure. Reagans Botschafter: „Ich hoffe, daß Ihre lange währende und anerkannte Freundschaft zum amerikanischen Volk andauern wird." Brandt: „Dessen können Sie sicher sein."

Derlei freundschaftliche Töne kommen CDU-Generalsekretär Heiner Geißler gar nicht zupaß. Er möchte die kaputten Beziehungen zwischen dem Weißen Haus und der SPD-Baracke im Bundestagswahlkampf 1987 nutzen. Da strebt der Christdemokrat eine Schlacht um Werte an – nach simplem Strickmuster: Die Schwarzen stehen für den Westen und die Freiheit, die Roten für Osten und Diktatur. Geißler begrüßte denn auch Reagans Bonner Absage: „Der Mann hat Charakter."

Doch selbst in der Regierung regt sich Kritik. Kohls Berater Horst Teltschik informierte vorsichtshalber den Brandt-Vertrauten Egon Bahr, sein Chef und Bundespräsident von Weizsäcker hätten ein Treffen Brandts mit Reagan begrüßt. Der Bonner Botschafter in Washington, Günther van Well, und der Staatssekretär des Bundespräsidialamtes, Klaus Blech, kritisierten den Stilbruch Reagans. Außenminister Hans-Dietrich Genscher wurde deutlicher: Den Amerikanern fehle jedes „Feeling für innenpolitische Situationen", schimpfte er in einer internen Runde.

Die SPD-Führung setzt auf die Kritik im US-Kongreß an Ronald Reagan, an seinem Nicaragua-Embargo, seinen SDI-Plänen und seiner Haushaltspolitik – alles Themen, die ihm auch Bonns Sozialdemokraten ankreiden. Brandt: „Reagan hat Pech, daß er und seine Kritiker in den USA noch ein zusätzliches Thema bekommen. Die SPD wird jedenfalls weder ihm noch Herrn Geißler den Gefallen tun und auf Anti-Amerikanismus gehen. Wir werden sagen, mit welchen Kräften wir einer Meinung sind."

Brandts Intimus Egon Bahr macht sich indessen so seine Gedanken, wer hinter Reagans Affront steckt: „Also, wenn es die Bundesregierung nicht war, wenn es Arthur Burns für falsch hält, wenn Richard Burt dementiert, ja, wer war es dann? War es vielleicht Nancy?" ◆